



Bensberger Gespräche **28.-30. Januar 2008 in Bensberg**

Tagungsdokumentation
Dokumentation: Dr. Kai Dreisbach

Montag, 28. Januar

Inputs "Brücke zwischen China und Europa"

1. Zentralasiens Bedeutung für die EU

Jens Beiküfner, Berater des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Zentralasien

Zu Beginn seines Vortrags illustrierte Jens Beiküfner die geostrategische Position Zentralasiens aus dem Blickwinkel der Europäischen Union. Diese, so der Referent, sei Brücke zwischen Europa und Asien und sei wichtig für den Erfolg der Friedensbemühungen der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan. So nutzten ISAF-Truppenstapel Flughäfen in Zentralasien. Die EU engagiere sich im Bereich der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der Region. Von zentraler Bedeutung für eine Friedenslösung in Afghanistan und für eine nachhaltige Stabilisierung der gesamten Region sei Pakistan, fuhr Beiküfner fort. Iran hingegen sei das "Sorgenkind" der EU, insbesondere wegen seiner nuklearen Ambitionen. Die zentralasiatischen Staaten müssten Einfluss auf die iranische Führung nehmen, denn Schweigen, so der Berater des Sonderbeauftragten der EU für Zentralasien, werde in Teheran missbräuchlich als Zustimmung gedeutet. China wiederum ginge es jetzt vornehmlich darum, über den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit Zentralasien seine Position in der Region langfristig zu stärken. So treibe Peking u.a. den Bau von Gas- und Ölpipelines voran, was so Beiküfner, die Position Zentralasiens gegenüber Russland in den Preisverhandlungen stärke.

Im Folgenden setzte sich Jens Beiküfner mit Problemfeldern auseinander, denen die EU eine besondere Bedeutung beimisst. Im Hinblick auf Investitionsbedingungen in Zentralasien bestehe die Hauptaufgabe darin, eine Anpassung an internationale Standards zu realisieren. Darüber hinaus unterstütze die EU den Ausbau der Infrastruktur in den zentralasiatischen Staaten. Terrorismus, Drogenhandel und religiöser Extremismus seien gemeinsame Herausforderungen und müssten gemeinsam bekämpft werden. Darüber hinaus, so Beiküfner weiter, betrachte es die EU als ihre Aufgabe, die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Zentralasien zu fördern als Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaften. Die EU strebe einen Menschenrechtsdialog mit allen zentralasiatischen Staaten an. Eine große Herausforderung stelle auch die Wasserproblematik dar, für die es viele Vorschläge, bis jetzt aber keine von allen akzeptierten Lösungen gebe. Die ungleichmäßige Verteilung der Wasserressourcen, fuhr Beiküfner fort, habe unmittelbare Auswirkungen auf die Wirtschaft der einzelnen zentralasiatischen Staaten. Die Probleme reichten von einer unzureichenden Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser über die zunehmende Versalzung und Austrocknung der Gewässer bis hin zum beschleunigten Abschmelzen der Gletscher durch salzhaltigen Staub. Die Freisetzung salz-, pestizid- und düngemittelhaltiger Stäube und deren Ausbreitung durch die Austrocknung insbesondere des Aralsees habe gravierende Auswirkungen auf die Gesundheit der ansässigen Bevölkerung. In diesem Kontext setze sich die EU für eine regionale Zusammenarbeit ein, um diese Probleme langfristig bewältigen zu können.

Die europäische Strategie für Zentralasien, hob Beiküfner hervor, berücksichtige Unterschiede zwischen den einzelnen zentralasiatischen Staaten, beispielsweise im Bereich wirtschaftlicher Normen oder bei den Rechtssystemen. Dabei verstehe die EU es als Angebot an Zentralasien, ihre Expertise zur Verfügung zu stellen. Die EU setze die Zentralasienstrategie in einem Mix aus bilateralen und regionalen Programmen und Projekten um und sei offen für eine Zusammenarbeit mit Dritten. Die Kernbereiche der Zentralasienstrategie der EU skizzierte Beiküfner wie folgt:

- Aufbau eines politischen und sicherheitspolitischen Dialogs;
- Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten;
- Investitionen in Jugend und Bildung;
- Förderung von Wirtschaft, Handel und Investitionen als Grundlage für die Bekämpfung der Armut;
- Stärkung der Energie- und Transportverbindungen zur Erhöhung der Energiesicherheit Europas;
- eine nachhaltige Lösung der Umwelt- und Wasserprobleme;
- Bekämpfung der gemeinsamen Gefahren für Sicherheit und Stabilität: Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, Terrorismus und Extremismus;
- Beitragen zum kulturellen Austausch und Dialog der Zivilisationen.

Für die Umsetzung ihrer Zentralasienstrategie, so Beiküfner weiter, habe die EU den Mittelansatz im Gemeinschaftshaushalt für den Zeitraum von 2007 bis 2013 auf 750 Millionen Euro verdoppelt. Dabei sollen, so der Referent, die Gemeinschaftsinstrumente stärker koordiniert und fokussiert, die Sichtbarkeit der EU erhöht werden. Zusätzlich würden die Mitgliedstaaten auf nationaler Basis bilaterale oder regionale Initiativen, wie z.B. die Rechtsstaatlichkeitsinitiative, prüfen und umsetzen. Frankreich habe angekündigt, während seiner Ratspräsidentschaft die Umsetzung der Zentralasienstrategie als eine Priorität zu behandeln. Zum Ende seines Vortrags zog Jens Beiküfner eine positive Bilanz der europäischen Zentralasienpolitik und der Entwicklung in Zentralasien. Die Strategie der EU habe seit ihrer Verabschiedung im Mai 2007 ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Präsenz der EU in Zentralasien wachse, die Staaten der Region zeigten sich offener für eine Zusammenarbeit und seien zunehmend bereit, eigene Beiträge zu leisten und ihre Rolle im regionalen und globalen Kontext auszufüllen.